

Presseinformation

**Pressesprecherin
Fina Geschonneck**

Tel.: 030 202491-11

Fax: 030 202491-50

E-Mail:

fina.geschonneck@ikkev.de

Berlin, 26. Februar 2014

IKK e.V. fordert Verbindlichkeit für Ausbau der elektronischen Gesundheitskarte

Kosten und Nutzen in keinem Verhältnis - Verzögerungen durch Leistungserbringer nicht hinnehmbar

Die Innungskrankenkassen fordern von der Bundesregierung verbindliche Regelungen für den optimalen Nutzen der elektronischen Gesundheitskarte. Einen entsprechenden Beschluss hat am Mittwoch die Mitgliederversammlung des IKK e.V., die Interessenvertretung der Innungskrankenkassen auf Bundesebene, getroffen. Anlass war ein Sachstandsbericht der Vorstandsvorsitzenden des GKV-Spitzenverbandes, Dr. Doris Pfeiffer. „Vor zehn Jahren wurden die Krankenkassen gesetzlich verpflichtet, die Karte einzuführen – ein Mehrwert ist weder für die Versicherten noch für die Kassen vorhanden“, sagt Hans Peter Wollseifer, Vorstandsvorsitzender des IKK e.V. Der einzige Vorteil der Karte sei bislang ein Foto zur Identifizierung der Patienten. Wollseifer: „Das ist mehr als dürftig.“

„Kosten und Nutzen stehen in keinem Verhältnis“, betont Hans-Jürgen Müller, Vorstandsvorsitzender des IKK e.V. Rund 800 Millionen Euro Beitragsgeld haben die Kassen bislang in die Einführung der Karte investiert,“ so Müller. Ein weiterer Nutzen scheitere an den Leistungserbringern. „Von Seiten der Ärzteschaft wird die Online-Anbindung weiterhin systematisch untergraben“, kritisiert Jürgen Hohnl, Geschäftsführer des IKK e.V.

Für die Innungskrankenkassen ist nicht nachvollziehbar, dass die Regierung sich in den Prozess nicht einschaltet: „Solange die Leistungserbringer keiner gesetzlichen Verpflichtung zur Umsetzung des Projektes unterliegen, wird sich die Weiterentwicklung weiter verzögern und verteuern. „Wer bezahlt, muss auch das Sagen haben – beim Hausbau bestimmen auch nicht andere, wie das künftige Eigenheim aussieht“, so Wollseifer und Müller.

Mit dem GKV-Modernisierungsgesetz im Jahre 2004 wurden die Krankenkassen verpflichtet, die bisherige Krankenversichertenkarte mit dem Ziel der Verbesserung von Wirtschaftlichkeit, Qualität und Transparenz spätestens zum 1. Januar 2006 zu einer elektronischen Gesundheitskarte zu erweitern. Dies betrifft sowohl die rein administrative Kommunikation als auch die Bereitstellung medizinischer Daten. „Von einem Nutzen der Karte für die Versicherten sind wir weit entfernt“, stellt Hohnl fest.

Über den IKK e.V.:

Der IKK e.V. ist die Interessenvertretung der Innungskrankenkassen auf Bundesebene. Der Verein wurde 2008 gegründet mit dem Ziel, die Interessen der Innungskrankenkassen und deren Versicher-



ten und Arbeitgebern gegenüber allen wesentlichen Beteiligten des Gesundheitswesens zu vertreten. Dem IKK e.V. gehören die IKK Brandenburg und Berlin, die IKK classic, die IKK gesund plus, die IKK Nord sowie die IKK Südwest mit insgesamt mehr als fünf Millionen Versicherten an.

- Diese Pressemitteilung finden Sie auch im Internet unter www.ikkev.de -